

Themen des Tages

AUSSENANSICHT; Der unheimliche Wächter; Ägyptens Armee feiert sich als Retterin der Demokratie. In Wahrheit hat sie sich bloß zurück an die Macht geputscht. Von Nagwan El Ashwal

14 August 2013

2

Copyright 2013 Süddeutsche Zeitung GmbH

Der Staatsstreich der Generäle in Ägypten vom 3. Juli ruft eine Zeit ins Gedächtnis, in der viele Länder auf der ganzen Welt unter autoritären Militärregimes litten. Als Werkzeug ihrer Macht dienten ihnen populistische Ideologien, und mit diesen rechtfertigten sie die Verbrechen, die sie an ihren Gegnern verübten. Jedes Mal behaupteten sie, doch nur die nationale Sicherheit zu schützen. Genau das passiert heute in Ägypten.

Die Lage im Land ist derzeit äußerst komplex. Jeder Versuch, die Situation schlicht auf den Konflikt zwischen einem religiösen und einem liberalen, vom Militär unterstützten Lager zu reduzieren, führt aber nur in die Irre.

Mohammed Mursi, der gestürzte Präsident, und seine Muslim-Bruderschaft sahen ihren Erfolg in den Parlamentswahlen von 2012 und den Präsidentenwahlen als Legitimation, den Staat ohne Konsens mit den anderen politischen Parteien zu lenken. Statt Strukturreformen voranzubringen, glaubten die Muslimbrüder regieren zu können, indem sie ihre Positionen mit dem Staatsapparat sowie mit Polizei und Sicherheitskräften abstimmten. Das Problem aber liegt darin, dass eben dieser ägyptische Staatsapparat, besonders die Sicherheitsbehörden und die Armee, als Säulen des autoritären Regimes errichtet wurden.

Seit der Ära von General Gamal Abdel Nasser sind sie auch immer als solche wahrgenommen worden. Zur politischen Kultur dieser Institutionen gehört eine Ideologie, die Rivalen wie die Muslimbrüder als Feinde des ägyptischen Staates ansieht. Die in letzter Zeit immer wieder aufgestellte Behauptung, die Muslimbrüder würden den Staat gezielt mit eigenen Leuten durchsetzen, war deshalb unbegründet. Die Bruderschaft verfügt weder über ausreichende Ressourcen noch über entsprechend geeignetes Personal.

Auf der anderen Seite sahen die wichtigsten säkularen Parteien den Wahlausgang als ein Zeichen ihres Scheiterns, da es ihnen nicht gelungen war, genug Wählerstimmen zu mobilisieren. Aus diesem Grund lähmten sie das System. Sie verweigerten den Dialog mit Mursi – der seinerseits nicht garantierte, dass die Ergebnisse eines solchen Dialogs auch wirklich umgesetzt würden. Viel zu früh riefen sie nach einer Intervention der Armee. Sie befürworteten zwar eine politische Rolle religiöser Einrichtungen wie Al-Azhar, Ägyptens führender islamischer Institution, und der koptischen Kirche, forderten aber gleichzeitig den „zivilen Staat“. Seit dem Sturz König Faruks durch den Putsch vom 23. Juli 1952 betrachtet sich freilich Ägyptens Militär als Wächter des Staates. Es muss sein Budget nicht offenlegen, strategische Entscheidungen über die nationale Verteidigung trifft es alleine, seine wirtschaftlichen Unternehmungen unterstehen keiner staatlichen Aufsicht. Angesichts solcher Privilegien sind die Sorgen der Armeeführung beinahe verständlich. Sie befürchtet, dass das Militär so wie in der Türkei von der Macht abgeschnitten und seine Vorherrschaft über den Staat beendet würde, sollte Ägypten den Weg in Richtung Demokratie einschlagen.

Die Massenproteste am Jahrestag von Mursis Präsidentschaft gaben der Armeeführung um General Abdel Fattah al-Sisi die Gelegenheit, an die Macht zurückzukehren. Sie erhielt dabei die volle Unterstützung der Opposition sowie der wichtigsten religiösen und staatlichen Institutionen, erlangte die Kontrolle über die Polizei sowie die Benzin-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung – ganz zu schweigen von der großzügigen Unterstützung der Golfstaaten. Das Militär hat seine Ziele erreicht. Die Armee hat sich wieder an die Macht geputscht.

Seit dem Staatsstreich erlebt Ägypten einmal mehr die Rückkehr des unverhohlenen Polizeistaats. Der Notstand, der der Polizei und der Armee die Internierung von Zivilisten erlaubt, wurde wieder verhängt. Der Sicherheitsdienst, der politische Aktivitäten kontrolliert, wurde wiederbelebt. Er ist befugt, Aktivisten festzunehmen, wenn diese irgendetwas tun, das als Bedrohung der nationalen Sicherheit ausgelegt werden kann. Allerdings vermied es die Polizei nach Einschätzung von Beobachtern, Menschen als politische Gefangene festzunehmen, um Kritik der internationalen Gemeinschaft zu vermeiden. Stattdessen werden konstruierte Strafanzeigen vorgeschoben. Es gibt derzeit keine gesetzliche Grundlage für den Schutz der Rechte der Bürger, besonders der Regimegegner. Die Verfassungsdeklaration der Putschisten enthält weder Sicherheiten, welche die politisch aktiven Bürger davor bewahren, vor ein Militärgericht gestellt zu werden, noch konkrete Möglichkeiten, die Polizei zur Rechenschaft zu ziehen, sollte sie Gefangene foltern oder Demonstranten töten.

Darüber hinaus haben die Behörden neun TV-Kanäle dichtgemacht und Mitarbeiter von ihnen unter dem Vorwurf der Opposition gegen die Putsch-Regierung festgenommen. Das aktuelle Regime bekämpft keinen Terrorismus. Es ist ein Staat, der gegen Zivilisten mit abweichenden Meinungen mit Unterdrückung vorgeht und gezielt Angst sät.

Jede Lösung der Krise in Ägypten sollte einen Weg zur Machtteilung finden, die Verfassung von 2012iedereinsetzen und die Häftlinge freilassen, auch Mursi. Der gewählte Präsident sollte dann, für einige Stunden, wieder eingesetzt werden, um die Macht an einen neuen Premierminister zu übertragen. Dieser stünde einer Übergangsregierung vor, die sich wiederum verpflichten müsste, innerhalb der darauffolgenden 60 Tage Parlamentswahlen auszurufen.

Die so gebildete permanente Regierung, das wäre der nächste Schritt, müsste dann vorgezogene Präsidentschaftswahlen abhalten. Jede derartige Initiative hätte außerdem einen sicheren Ausstieg für General al-Sisi zu gewährleisten, der ihm zusichert, nicht wegen der Ermordung von Protestierenden und der Organisation des Staatsstreichs vor Gericht gestellt zu werden.

Wenn Ägypten nicht zu einem zivilen demokratischen Prozess zurückkehrt, dann sieht es einer Reihe ausschließlich besorgniserregender Szenarien entgegen. Jede Wahl unter der Putsch-Regierung wird nur zu Blutvergießen führen. Die EU und die USA sollten nicht nur diese Massaker verurteilen, sondern auch erkennen, dass sie auf der falschen Seite der Geschichte stehen, wenn sie die Militärherrschaft in Ägypten unterstützen. Sie würden frühere Fehler wiederholen, wenn sie der Herrschaft von Diktatoren Schutz und Legitimation verleihen.

Übersetzung aus dem Englischen: Paul Munzinger

Es entsteht ein autoritäres Regime, das seine Bürger unterdrückt und Angst sät

Nagwan El Ashwal, 33, ist Vorsitzende des Arabischen Zentrums für Konfliktbewältigung und Demokratisierung der MADA-Foundation in Kairo und Stipendiatin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin. FOTO: SWP

Süddeutsche Zeitung GmbH